



„Doppelhaushalt 2027/2028 ohne Neuverschuldung – Einsparvorschläge der Jungen Union Sachsen“

Bereich	Maßnahme	Quelle/Begründung	Kommentar
Personal und Verwaltung	Globalen Minderaufwand vollständig ausbauen	Sächsischer Rechnungshof, Jahresbericht 2025 Band II (ab S. 81) https://www.rechnungshof.sachsen.de/JB2025_Band2.pdf	Der Globale Minderaufwand (GMA) ist eine haushaltstechnische Planungspauschale, bei der der Freistaat seit Jahren bewusst mehr Personalmittel veranschlagt, als tatsächlich benötigt und besetzt werden. Dies führt zu einem erheblichen nicht ausgeschöpften Mittelpotenzial von mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr. Wir fordern, diesen Puffer vollständig auszuschöpfen, indem der Stellenplan realistisch an den tatsächlichen Bedarf angepasst wird – ohne Entlassungen, über die Einführung eines Personalpools und die systematische Nicht-Wiederbesetzung längerfristig vakanter Stellen. Dadurch wird der Haushalt transparenter und dauerhaft entlastet.
	Personalpool einführen und langfristig rund 14.000 Stellen abbauen	Milliardendefizit: Sachsen soll mehr Personalstellen streichen	Freiwerdende Stellen werden zentral in einem Personalpool erfasst und nur bei nachgewiesenem Bedarf wieder besetzt. Dieser Ansatz ermöglicht einen sozialverträglichen und schrittweisen Personalabbau über mehrere Jahre.

	Prüfung von Stellen, die länger als drei Jahre unbesetzt sind		Wir fordern die regelmäßige Vorlage einer Übersicht aller länger als drei Jahre unbesetzten Stellen. Auf dieser Grundlage kann geprüft werden, welche Positionen gestrichen werden können – unter voller Wahrung der geltenden Rechtslage und ohne Beeinträchtigung der Arbeitsabläufe.
	Realistischere Veranschlagung sächlicher Verwaltungsausgaben einführen	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I (S. 95–100)	Sachausgaben wie Büromaterial oder Dienstreisen wurden in der Vergangenheit regelmäßig deutlich überplant. Eine bedarfsgerechte Veranschlagung macht diese Mittel unmittelbar frei, ohne Qualitätsverluste in der Verwaltung.
	Referatsleiter nur ab 10 Mitarbeitern zulassen		Viele kleine Organisationseinheiten verfügen über eigene Führungskräfte. Ab zehn Mitarbeitern soll künftig nur noch eine Leitungsposition vorgesehen werden – bei gleichbleibender Effizienz.
	Sächsische Landesämter in die Landesdirektion integrieren		Trotz guter konzeptioneller Vorschläge in den Personalentwicklungskonzepten fehlt es bisher am notwendigen Umsetzungswillen. Die Integration in die Landesdirektion reduziert Doppelstrukturen und Standorte nachhaltig.
	Dezentrale IT-Stellen in den Ministerien streichen		Jede Behörde unterhält eigene IT-Mitarbeiter. Eine Zentralisierung beim Staatsbetrieb für Sächsische Informatik Dienste (SID) schafft klare Kostenvorteile.

	IT auf Open Source umstellen, Lizenzgebühren reduzieren und beim Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID) vollständig zentralisieren	Adieu Microsoft: Schleswig-Holstein setzt auf Open Source und spart Millionen heise online	Sicherheitsbedenken werden durch zentrale Steuerung beim SID adressiert. Eine konsequente Umstellung auf Open Source führt – wie in anderen Bundesländern bereits gezeigt – zu erheblichen Einsparungen.
	Beschaffung, Fuhrpark, Aus- und Fortbildung sowie Archivierung bündeln		Durch die zentrale Bündelung dieser Aufgaben lassen sich Doppelarbeit vermeiden und der Verwaltungsaufwand spürbar senken.
	Weitere sinnvolle Zusammenlegungen von Behörden und Gerichten prüfen und umsetzen		Bereits in der Vergangenheit haben gezielte Standortkonzentrationen wie die Verlagerung mehrerer Gerichte nach Chemnitz gezeigt, dass durch die Bündelung von Behörden, Gerichten und Ämtern Doppelstrukturen abgebaut und Instandhaltungs- sowie Betriebskosten nachhaltig gesenkt werden können. Wir fordern eine fortlaufende, ergebnisoffene Prüfung weiterer wirtschaftlich sinnvoller Zusammenlegungen, um zusätzliche Einsparungen zu erzielen, ohne die Bürgernähe oder die Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu beeinträchtigen.
	Moderne Arbeitsformen einführen (Homeoffice und Flächenreduktion)		Wir fordern eine verbindliche Quote von 51 % Homeoffice in den jährlichen Bedarfsanmeldungen. Dadurch arbeiten die Beschäftigten im Schnitt nur zwei Tage pro Woche vor Ort, was Desk-Sharing ermöglicht und die Büroflächen um bis zu 45 % reduziert – bei gleichbleibender Bürgerbetreuung. Gleichzeitig tragen diese modernen und flexiblen Arbeitsformen dazu bei, den öffentlichen Dienst moderner und attraktiver als Arbeitgeber zu gestalten und die Wettbewerbsfähigkeit bei der Gewinnung qualifizierter Fachkräfte zu stärken.

	Familienpolitische Teilzeitstraffen (Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre senken)		Ab 16 Jahren sind Jugendliche in der Regel ausreichend selbstständig und in Schule oder Ausbildung integriert. Die Teilzeitregelung soll daher auf Kinder bis 16 Jahre beschränkt werden, wodurch mehr Vollzeitkräfte zur Verfügung stehen.
	In allen Ministerien sollte jährliche Personalbedarfsplanung durchgeführt werden.		In jedem Ministerium wird eine jährliche Personalbedarfsplanung eingeführt, mit dem klaren Ziel eines sozialverträglichen und nachhaltigen Personalabbaus.
Bildung und Wissenschaft	Mehrarbeitsvergütung für Lehrer ohne nachweisbaren Unterrichtsnutzen streichen	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I (ab S. 79)	Wir fordern die Streichung der Sonderregelung zur finanziellen Vergütung von Mehrarbeitsunterricht für Lehrer, da diese – wie der Sächsische Rechnungshof feststellt – zu erheblichen Mehrausgaben führt, ohne den Unterrichtsausfall nachweislich zu reduzieren. Gleichzeitig soll das Unterrichtsdeputat für vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte von derzeit 26 auf 27 Stunden pro Woche angehoben werden. Künftig sollen damit 27 Stunden Unterricht pro Woche als Vollzeitbeschäftigung gelten.
	Kritische Prüfung der Hochschulstruktur mit Konzentration auf leistungsstarke Standorte	Sächsischer Rechnungshof, Jahresbericht 2025 Band I https://www.rechnungshof.sachsen.de/ JB2025_Band1.pdf	Angesichts sinkender Studentenzahlen und stark unterschiedlicher regionaler Einwohner-zu-Studenten-Quoten ist es erforderlich, dass das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zunächst eine umfassende Bedarfsanalyse der Hochschullandschaft durchführt. Auf dieser Grundlage wird eine klare Definition der Hochschulautonomie sowie eine Konzentration auf leistungsstarke und nachhaltig ausgelastete Standorte empfohlen.

Zuwendungen und Förderprogramme	Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ überprüfen	Förderrichtlinie Weltoffenes Sachsen	Das Programm sollte auf mögliche Doppelstrukturen und sich überschneidende Fördermaßnahmen überprüft werden, die sich gegenseitig Ressourcen entziehen. Gleichzeitig gilt es zu analysieren, wie die CDU ihre Prioritäten setzen möchte und welche Programme gegebenenfalls eine ideologische Schlagseite aufweisen, die wenig weltoffen ist und eher zu Polarisierung beiträgt.
	Förderungen an den Landesfrauenrat Sachsen e.V. überprüfen.	Zoff im Frauenrat: Antifa, Abtreibung, Steuergeld-Missbrauch Politik BILD.de Chemnitz: Antifa-Unterstützung und Steuergeld-Missbrauch - Großer Zoff im Landesfrauenrat	Aufgrund wiederholter Kritik an Neutralitätsverletzungen ist eine grundlegende Überarbeitung der Förderung erforderlich (siehe Quellen).
	Internationale Entwicklungszusammenarbeit überprüfen und auf wirtschaftliche europäische Zusammenarbeit setzen.	SMWA + SMK + Sächsische Haushaltsdaten 2025/2026	Da die internationale Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich eine Aufgabe des Bundes ist, sollte der Freistaat Sachsen seine eigene Beteiligung kritisch prüfen. Ein konkretes Beispiel verdeutlicht die Ineffizienz: Von sächsischen Fördermitteln in Höhe von 750.000 Euro für ein Schulprojekt in Uganda fließen mehr als zwei Drittel (über 500.000 Euro) allein in deutsche Verwaltungs- und Personalkosten, während nur ein Bruchteil tatsächlich im Partnerland ankommt. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, die sächsische Entwicklungszusammenarbeit auf den Prüfstand zu stellen.
	Genderkompetenzzentrum Sachsen einschließlich assoziierter Projekte streichen	genderkompetenz-sachsen.de	Das Zentrum und die verbundenen Projekte werden auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft, um ideologische Tendenzen zu vermeiden und die Mittel stärker auf originäre Landesaufgaben zu lenken.

	Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau streichen	landwirtschaft.sachsen.de	Die Aufgaben lassen sich ohne Qualitätsverlust in die regulären Abteilungen des Ministeriums integrieren.
	Kompetenzzentrum Grüne Transformation des Tourismus streichen	sachsen.tourismusnetzwerk.info	Eine spezielle Nischenförderung ist nicht erforderlich.
	Kompetenzzentrum für die Arbeit der Zukunft in Sachsen und Brandenburg streichen	pal.webspace.tu-dresden.de	Das Projekt läuft 2026 aus und wird überwiegend vom Bund finanziert. Ein eigener Landesanteil ist daher nicht notwendig.
	Weitere nicht-essenzielle Kompetenzzentren und Agenturen streichen (Klima, Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft, Kommunale Wärmewende , nachhaltige Beschaffung)		Eine vollständige Liste wird separat beigefügt. Diese Einrichtungen duplizieren häufig Aufgaben, die bereits von Ministerien oder auf Bundesebene wahrgenommen werden oder gehören nicht zu den Kernaufgaben des Staates.
Zuwendungen und Institute	Zentrum für Fachkräfte- und Arbeitsmarktsicherung Sachsen (ZEFAS Chemnitz) streichen		Die Aufgaben der Fachkräftegewinnung und Arbeitsmarktsicherung werden bereits umfassend von der Bundesagentur für Arbeit und ihren regionalen Agenturen wahrgenommen. Das Zentrum für Fachkräfte- und Arbeitsmarktsicherung Sachsen (ZEFAS Chemnitz) schafft daher eine parallele Landesstruktur, die zu Doppelarbeit und unnötigem Verwaltungsaufwand führt. Es wird empfohlen, diese Einrichtung aufzulösen bzw. in bestehende Bundesstrukturen zu integrieren.

	Digitalagentur Sachsen (DiAS) in bestehende Strukturen integrieren bzw. streichen		Die Aufgaben der Digitalagentur Sachsen (DiAS) können vollständig vom Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID) sowie den zuständigen Fachministerien übernommen werden. Eine eigenständige Agentur schafft unnötige Parallelstrukturen und zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Es wird daher empfohlen, die Digitalagentur Sachsen aufzulösen und die Aufgaben effizient in bestehende Strukturen zu integrieren.
	Büro für Popkultur und Musik Sachsen (BPM) streichen		Die Förderung muss auf ihre tatsächliche Notwendigkeit geprüft werden.
	Europäisches Zentrum für Bildung und Integration (EFBI Leipzig) einschließlich John-Dewey-Forschungsstelle streichen		Das Zentrum muss auf seine Sinnhaftigkeit geprüft werden, um ideologische Tendenzen zu vermeiden und die verfügbaren Mittel stärker auf Kernaufgaben zu konzentrieren.
	Zentrum für Kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS Chemnitz) streichen		Die kriminologische Forschung und Lehre werden bereits umfassend von den sächsischen Hochschulen wahrgenommen. Das Zentrum für Kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS Chemnitz) schafft dadurch eine parallele Struktur, die zu vermeidbarem Verwaltungsaufwand führt. Es wird empfohlen, diese Einrichtung aufzulösen.
	Kleinteilige Preise und Förderungen reduzieren		Es wird empfohlen, kleinere Preise und Förderungen (z. B. Staatsmedaillen, Kultur- und Umweltpreise sowie Programme unter 50.000 €) einer kritischen Prüfung zu unterziehen – insbesondere hinsichtlich der Höhe der ausgelobten Honorare und Preisgelder. Viele dieser Auszeichnungen können vielfach von privaten oder kommunalen Trägern übernommen oder in ihrer Dotierung deutlich reduziert werden.

Infrastruktur und Investitionen	Ausgabereite abbauen und geplante Investitionen zeitnah umsetzen	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I (S. 107–118)	Zahlreiche Mittel liegen ungenutzt auf Konten. Eine zeitnahe Umsetzung geplanter Investitionen macht diese Mittel wirksam.
	Zusammenlegung der 4 ÖPNV-Zweckverbände	DNN (Dez 2025) + laufende Fusionen + Koalitionsvertrag	Die derzeitige Kleinteiligkeit führt zu unnötigen Doppelstrukturen und erhöhten Verwaltungskosten.
	Nicht-hoheitliche Aufgaben der LIST GmbH auf Privatisierungsmöglichkeiten prüfen		Die LIST GmbH (LIST Gesellschaft für Verkehrswesen und ingenieurtechnische Dienstleistungen mbH) ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des Freistaats Sachsen und erbringt für die sächsische Straßenbauverwaltung umfangreiche ingenieurtechnische Dienstleistungen wie Planung, Projektsteuerung und Bauüberwachung. Wir fordern eine systematische und ergebnisoffene Prüfung, welche Aufgaben der LIST GmbH tatsächlich hoheitlich sind und welche nicht-hoheitlich erbracht werden könnten. Soweit Aufgaben nicht-hoheitlich sind, sollte geprüft werden, ob sie durch Vergabe an private Ingenieurbüros wettbewerblich und kostengünstiger erledigt werden können. Hoheitliche Kernaufgaben bleiben beim Staat.
	Nicht-essentielle Wirtschaftsförderung kritisch prüfen und gegebenenfalls einstellen	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I (Beiträge zu Förderprogrammen und Effizienz)	Der Sächsische Rechnungshof kritisiert in seinem Jahresbericht 2025 wiederholt Ineffizienzen bei Förderprogrammen, hohe Fördersätze und unzureichende Erfolgskontrollen. Wir fordern eine systematische Überprüfung aller Wirtschaftsförderprogramme daraufhin, ob sie einen unmittelbaren und messbaren Beitrag zur Stärkung der sächsischen Wirtschaft leisten. Förderungen, die diesen Kriterien nicht genügen oder Aufgaben duplizieren, die bereits auf Bundes- oder privater Ebene wahrgenommen werden, sollten eingestellt oder deutlich reduziert werden.
Nebenhaushalte und Beteiligungen	Zuschüsse an landeseigene		Betriebe, die nicht wirtschaftlich arbeiten, erhalten künftig geringere Zuschüsse aus dem Steuerzahlerhaushalt.

	Betriebe abbauen		
Soziales, Gesundheit, Justiz & Sonstiges	Beiräte und Beauftragten wesen reduzieren		Im Freistaat Sachsen existieren derzeit über 110 Beiräte, Kommissionen und Beauftragte auf Landesebene. Viele davon erfüllen nur noch geringe oder überschneidende Aufgaben und verursachen erheblichen Verwaltungs- und Personalkostenaufwand. Wir fordern eine umfassende, ergebnisoffene Prüfung aller Beiräte und Beauftragten mit dem Ziel, die Anzahl deutlich zu reduzieren und Doppelstrukturen abzubauen.
	Erteilung der Betriebserlaubnis für Kindertageseinrichtungen auf kommunale Ebene prüfen		Die Betriebserlaubnis für Kindertageseinrichtungen wird derzeit zentral vom Landesjugendamt erteilt. Die örtlichen Jugendämter sind bereits eng in die Planung, Beratung und Stellungnahme eingebunden. Wir fordern eine ergebnisoffene Prüfung, inwieweit die Zuständigkeit für die Erteilung der Betriebserlaubnis stärker auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise und kreisfreie Städte) übertragen werden kann. Ziel ist eine bürgernähere und effizientere Verwaltung, sofern die Kommunen über die notwendigen personellen und fachlichen Kapazitäten verfügen.
	Landesamt für Naturschutz abschaffen		Die Aufgaben des Landesamtes für Naturschutz können in bestehende Behördenstrukturen integriert werden.
	Ertragslage des Staatsbetriebs Sachsenforst nachhaltig verbessern		Der Staatsbetrieb Sachsenforst bewirtschaftet die sächsischen Staatswälder und erbringt forstwirtschaftliche Dienstleistungen. Trotz guter Holzvermarktungserlöse muss der Betrieb jährlich mit erheblichen Zuschüssen aus dem allgemeinen Landeshaushalt finanziert werden. Wir fordern eine systematische Prüfung, wie die Ertragslage des Staatsbetriebs nachhaltig verbessert werden kann. Insbesondere sollen Gebühren und Entgelte für Dienstleistungen und Holzverkäufe künftig stärker kostendeckend kalkuliert werden, soweit dies mit den hoheitlichen und ökologischen Aufgaben des Betriebs vereinbar ist.